

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908**

3.3.1908 (No. 71)



# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 3. März.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

1908.

Nr. 71.

Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelber frei.

Überlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

## Amtlicher Teil.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** sich unter dem 2. März d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Präsidenten des königlich württembergischen Staatsministeriums, Staatsminister der auswärtigen Angelegenheiten und Minister der Familienangelegenheiten des königlichen Hauses Dr. von Weizsäcker das Großkreuz des höchsten Ordens Verthold des Ersten zu verleihen.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** unter dem 21. Februar d. J. gnädigst geruht, den ordentlichen Professor der Geburtshilfe und Gynäkologie an der Universität Heidelberg und Direktor der Frauenklinik daselbst, Geheime Hofrat Dr. Alfons Eder von Kossborn auf sein untertänigstes Ansuchen aus dem badischen Staatsdienst zu entlassen und den ordentlichen Professor Dr. Karl Menge an der Universität Erlangen zum ordentlichen Professor der Geburtshilfe und Gynäkologie an der Universität Heidelberg und zum Direktor der Frauenklinik daselbst zu ernennen.

## Nicht-Amtlicher Teil.

### Der Sprachenstreit in Böhmen.

Der Ministerpräsident Freiherr v. Beck will den Entwurf eines Sprachengesetzes für Böhmen noch in der Frühjahrsession dem Reichsrat vorlegen. Daraus muß geschlossen werden, daß die Vespredungen mit den nationalen Vertretern, die für die weiteren Beschlüsse der Regierung maßgebend sind, und von denen Freiherr v. Beck die Ausführung seines Planes abhängig macht, günstig verlaufen sind. Zwischen den beiden Volksstämmen in Böhmen schweben sehr viele Streitigkeiten. Die wichtigsten beziehen sich auf die Regelung der Sprachenverhältnisse in der Verwaltung und bei Gericht, ferner auf die Errichtung von nationalen Kurien im Landtage, auf die Behandlung der Schulen sprachlicher Minoritäten, auf die Reform der Wahlordnung und der Landesordnung und auf die Verteilung der Beamtenstellen zwischen Deutschen und Tschechen. Die Regierung will jedoch von den Fragen, welche in die Kompetenz des Reichsrates fallen, zunächst die gesetzliche Ordnung der Sprachenverhältnisse bei den Behörden und Gerichten in Angriff nehmen. Der springende Punkt ist die Behandlung tschechischer Eingaben bei den deutschen Gerichten. Nach einer amtlichen Statistik gibt es in Böhmen 94 einsprachige deutsche Bezirksgerichte, 133 einsprachige tschechische Bezirksgerichte und 6 gemischtsprachige Bezirksgerichte. In den 94 einsprachigen deutschen Gerichtsbezirken lebten in der Zeit, als die erste Sprachenvorlage gemacht wurde, im ganzen rund 60 000 Tschechen unter fast 2 000 000 Deutschen. Wegen der sprachlichen Schicksale dieser 60 000 Tschechen in den einheitlichen deutschen Gerichtsbezirken treiben die tschechischen Führer das ganze Reich von einer Krise in die andere, machen jedes ehrliche parlamentarische Leben unmöglich und schüren die Feindseligkeit zwischen beiden Volksstämmen.

Das ganze Sprachproblem besteht in der Hauptsache darin, was mit diesen 60 000 Tschechen zu geschehen habe, unter der Voraussetzung, daß sie das Gericht brauchen oder vor Gericht gestellt werden. Auch das ist noch nicht die einfachste Formulierung der Frage, welche vielmehr lauten muß: Was soll mit dem Bruchteil dieser 60 000 Tschechen geschehen, der mit dem Gericht in Verührung kommt? Dieser Bruchteil wird kaum einige Tschechen betragen und wegen dieser winzigen Zahl von Menschen wird von den tschechischen Parteien seit Jahrzehnten eine lärmende Agitation getrieben.

Wenn es sich darum handeln würde, tatsächlich nur die wirklichen sozialen Bedürfnisse von ein paar hundert Menschen, die bei einem Gericht zu tun haben, dessen Sprache sie nicht verstehen, zu befriedigen, so müßte die Lösung sehr leicht sein. Darum handelt es sich jedoch nicht. Die Tschechen wollen nicht die Befriedigung eines praktischen Bedürfnisses von einigen hundert Menschen, sondern die Befriedigung einer staatsrechtlichen Ueberhebung, welche durch den Zwang, aus dem für Böhmen eine tschechische Staatsprache herausgepreßt werden soll, zur Geißel für ganz Oesterreich geworden ist. Es handelt

sich nicht um ein nationales Bedürfnis, sondern um einen politischen Erfolg für die Tschechen. Das ist der springende Punkt, und daran sind bisher alle österreichischen Regierungen gescheitert.

Die zweite Forderung besteht darin, daß die Tschechen stets die Absicht gezeigt haben, durch Vordringen tschechischer Beamter in deutsche Bezirksgerichte agitatorische Elemente zu gewinnen. Deshalb sträubten sich die Deutschen so entschieden gegen Verwendung tschechischer Richter im einheitlich deutschen Sprachgebiete. Daraus ergeben sich die folgenden Schlüsse: Die Frage des nationalen Bedürfnisses der verschwindenden tschechischen Minorität in den einheitlich deutschen Gerichtsbezirken ist zu lösen und liegt sicher im Bereiche der Verwaltung und Gerichtstechnik in Oesterreich. Die Schwierigkeit liegt nicht in den nationalen, sondern in den politischen Verhältnissen, nicht in den Ansprüchen des praktischen Lebens, sondern in den Ansprüchen willkürlicher, staatsrechtlicher Ueberhebungen, welche den Frieden erschweren. Mit den nationalen Bedürfnissen der Tschechen ist der Ausgleich möglich, mit den staatsrechtlichen dagegen äußerst schwierig.

### Die Enteignungsvorlage.

\* Berlin, 1. März.

Nach zweitägiger, sehr lebhafter Debatte, die im ganzen Reiche mit großer und berechtigter Spannung verfolgt worden ist, hat sich das preussische Herrenhaus über den Gesetzentwurf, betr. Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen, kurzweg die „Enteignungsvorlage“ genannt, entschieden. Die parlamentarische Situation in diesem letzten Stadium war an sich schon hinreichend geklärt: den Beschlüssen der Kommission, die das Gesetz auf einen seine Wirksamkeit tatsächlich paralysierenden Zuschnitt gebracht hätte, stand der Antrag Adikes gegenüber, der dem die Regierungsvorlage bildenden Beschlusse des Abgeordnetenhauses im wesentlichen entsprach. Ueberdies waren dem Bericht der Herrenhauskommission selbst schon bündige Erklärungen der Regierungsvertreter zu entnehmen. So hatte bei der ersten Lesung in der Kommission der Finanzminister u. a. erklärt, daß die von verschiedenen Zeitungen veröffentlichte Nachricht, als habe Seine Majestät der König die Absicht, die Vorlage zurückzuziehen, oder als habe er sich dahin ausgesprochen, es sei ihm gleichgültig, was aus der Vorlage werde, vollständig aus der Luft gegriffen sei. Vielmehr stehe der Monarch, der den Auftrag gegeben habe, die Vorlage einzubringen, nach wie vor völlig auf dem Boden der Vorlage. Ebenso entbehre das Gerücht, der Ministerpräsident habe mittlerweile in der Beurteilung der Angelegenheit einen anderen Standpunkt eingenommen, jeder Begründung. Nachdem Fürst von Bülow die Vorlage im Abgeordnetenhause wie im Herrenhause vertreten habe, sei in dieser Beziehung irgend ein Wandel in seiner Auffassung nicht eingetreten. Bei der zweiten Lesung der Vorlage in der Kommission hatte sodann der Landwirtschaftsminister die Ergebnisse der seit der ersten Lesung von der Regierung veranlaßten tatsächlichen Feststellungen über den Umfang des polnischen Grundbesitzes in den Ansiedlungsprovinzen mitgeteilt und nachgewiesen, daß das nach den Kommissionsbeschlüssen der Regierung zur Verfügung stehende Land viel zu gering sei. Eine folgenschwere Maßregel wie die Enteignung dürfe aber nur angewendet werden, wenn man sicher sei, das gesteckte Ziel auch zu erreichen. Folglich könne die Staatsregierung ihre Zustimmung zu den von der Kommission gefaßten Beschlüssen nicht in Aussicht stellen.

Die Beratungen im Plenum des Herrenhauses ließen bis zum letzten Augenblick keine Voraussage zu, welches wohl das Ergebnis der abschließlichen Abstimmung sein werde. Da die preussische Erste Kammer keine Fraktionen kennt, so drückt jeder Redner lediglich seine eigene Ansicht aus; dementsprechend waren gerade diejenigen Stimmen am meisten bei der Debatte beteiligt, die ihren von der Regierungsvorlage abweichenden Standpunkt näher darzulegen wünschten. Es zeigte sich auch hierbei, daß viele Mitglieder sehr achtungswürdige Motive vertraten. In der Regel sprachen die betreffenden Redner aus oder ließen deutlich durchblicken, daß der innere Konflikt zwischen zwei Notwendigkeiten ihnen den Entschluß erschwere. Oder, wie Graf v. d. Schulenburg-Grünthal es ausdrückte: „Wenn ich so stimme, nur um der Regierung zu helfen, gegen meine innere Anschauung, so übernehme ich eine

(Mit einer Landtagsbeilage.)

Verantwortung, die noch schwerer ist, die so groß ist, daß ich sie zu übernehmen nicht den Mut habe.“ Man kann diese Worte um so eher verstehen und würdigen, als für die Vertreter der Opposition der Begriff der Enteignung vor allem eine Prinzipienfrage aufrollte. Um so entschiedener hatten hier die Vertreter der Regierung sich der Aufgabe zu widmen, die Bedeutung der Vorlage für das Wohl und das Gedeihen des Staates in den Vordergrund zu rücken. Ministerpräsident Fürst v. Bülow wußte die nationale Seite der im letzten Grunde wirtschaftspolitischen Maßregel mit schlichten, aber eindringlichen Worten darzulegen; er brach auch der Einwendung, daß Fürst Bismarck anders gedacht und gehandelt haben würde, durch einen schlagenden Nachweis des Gegenteils die Spitze ab. Mit der Rede des leitenden Staatsmannes am zweiten Tage der Debatte entschied sich denn auch das Schicksal der Vorlage. Er konstatierte, daß kein anderes Mittel in Vorschlag gebracht wurde, daß die Ziele der Regierung dem Polentum gegenüber auch hierin nicht aggressiv, sondern nur dämmender Natur seien, und daß es sich um die Gewinnung einer positiven Stetigkeit für unsere Ostmarkenpolitik handle. Im Verlauf der zweitägigen Verhandlung kamen auch die preussischen Minister der Finanzen, der Justiz und der Landwirtschaft verschiedentlich dazu, mit Erklärungen in die Debatte einzugreifen. Die eindringliche und sachdienliche Unterstützung des Ministerpräsidenten durch Freiherrn von Rheinbaben widerlegte von neuem die in manchen Blättern immer wieder auftauchende Behauptung, daß Fürst v. Bülow und Freiherr v. Rheinbaben durch Gegenläufigkeit ihrer staatsmännischen Anschauungen gehindert seien, im Staatsministerium neben einander im Interesse des Staatswohles zu wirken. Ueberhaupt ließ die hochbedeutende Verhandlung im Herrenhause die Einmütigkeit des Staatsministeriums in bereitetester Weise zutage treten. Die Abstimmung des Herrenhauses gab die Kommissionsbeschlüsse preis und billigte den Antrag Adikes mit 143 gegen 111 Stimmen.

Nunmehr lautet der Enteignungsparagraph des Gesetzentwurfs folgendermaßen (die Punkte b und c sind vom Herrenhause eingefügt worden):

Dem Staate wird das Recht verliehen, in den Bezirken, in denen die Sicherung des gefährdeten Deutschtums nicht anders als durch Stärkung und Abrundung deutscher Niederlassungen mittels Ansiedlungen (§ 1) möglich erscheint, die hierzu erforderlichen Grundstücke in einer Gesamtlösung von nicht mehr als 70 00 Hektar nötigenfalls im Wege der Enteignung zu erwerben. Ausgeschlossen ist die Enteignung a. von Gebäuden, die dem öffentlichen Gottesdienste gewidmet sind, und von Begräbnisstätten, b. von Grundstücken, die im Eigentum von Kirchen und Religionsgesellschaften, denen Korporationsrechte verliehen sind, stehen, sofern der Eigentumserwerb vor dem 26. Februar 1908 vollendet war, c. von Grundstücken, die im Eigentum von Stiftungen, die als milde ausdrücklich anerkannt sind, stehen, sofern der Eigentumserwerb vor dem 26. Februar 1908 vollendet war.

### Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

\* Berlin, 29. Februar.

Der Direktor im Reichsamt des Innern, Caspar, erklärt die gestrigen Ausführungen Mollenhuths für unrichtig, da der § 120 a sich nur auf die Familienmitglieder und nicht allgemein auf die Hausindustrie beziehe; die Bestimmungen des § 154 bezögen sich nur auf die Fabriken.

Abg. Schmidt-Altenburg (Reformp.) führte aus, es werde sich fragen, ob man dem Bundesrate so weitgehende Befugnisse erteilen könne, wie sie hier verlangt werden. Die Ausführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts bis zu 18 Jahren scheine ihm bedenklich. In diese Verhältnisse dürfe man nicht mit zu rauber Hand eingreifen. (Beifall rechts.)

Abg. Lehrens (Wirtsch. Bg.) begrüßte die Vorlage freudig. Seine Partei sei von jeher bemüht gewesen, das Los der weiblichen Arbeiter und der arbeitenden Kinder zu erleichtern. Die Heimarbeit sei hauptsächlich eine Wohnungsfrage. Es müsse mehr Dampf in der Wohnungsfrage geblasen werden. Die Wirksamkeit des Gesetzes werde davon abhängig sein, ob der Registrierzwang eingeführt werde. Bedenklich sei ihm die weitgehende sozialpolitische Mitwirkung der Polizei; diese würde durch arbeitsfähige Arbeitskammern überflüssig gemacht werden. Leider enthalte die Novelle keine Bestimmung über die Sonntagsruhe. Der Ueberweisung an eine 20gliedrige Kommission stimme er zu.

Abg. Manz (fr. Bp.) hält die Vorlage nicht für Fixarbeit, sondern für einen Eingriff in das Gewerbeleben, der zum Schutze der Arbeiterschaft gemacht werden müsse. Die gestrigen Ausführungen Mollenhuths über den Zentralverband der Industriellen seien insofern übertrieben, als sich die Regierungen doch wohl nicht am Gängelbände des Vereines befänden. Auf Einzelbestimmungen eingehend, führte der Redner aus, daß zu erwägen sei, ob man nicht durch Zusammenfassung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte unter Angliederung der technischen Angestellten zu einem einheitlichen Arbeitsgericht



kommen könne. Die Konkurrenzklausele müsse eingeeignet werden. Man solle Arbeiterauschüsse schon für Betriebe von 30 Arbeitern obligatorisch machen.

Der oldenburgische Bundesbevollmächtigte, **Guden-Abdenhausen**, erklärt gegenüber den gestrigen Ausführungen Mollenhuths, daß durch die Behandlung der Reichsverwaltung die oldenburgische Regierung sich in keiner Weise benachteiligt, geschweige denn verletzt fühle; am wenigsten sei dies der Fall bei den Arbeitskammern, denn dieser Entwurf sei durch die Reichsverwaltung der öffentlichen Kritik zugänglich gemacht worden, bevor der Bundesrat in die Verhandlung darüber eintrat. Nach seiner Erfahrung sehe es in der Absicht und in dem guten Willen der Reichsverwaltung, bei jeder Gelegenheit die Bundesregierungen möglichst bundesfreundlich zu behandeln und die Bundesvorlage ihnen möglichst zugänglich zu machen. Sollte wirklich ein Einzelfall vorkommen, so sollte man doch kein solches Wesen daraus machen. Es komme auf den Geist an, in dem die Bundesregierungen behandelt werden.

**Abg. Werner** (Reform.) führt aus, daß man in der sozialpolitischen Gesetzgebung auf das Zentrum nicht verzichten könne. Die Sozialdemokratie hätte nur das Interesse, Unzufriedenheit unter den Arbeitern zu erwecken. Der Vorlage könne man im allgemeinen zustimmen. Die Maximalarbeitszeit und die Mindestruhezeit für Frauen sei freudig zu begrüßen. Seine Partei verlange die Einführung obligatorischer Ausschüsse.

**Abg. Fleischer** (Zentr.): Das internationale Abkommen über das Verbot der Nachtarbeit der gewerblichen Arbeiterinnen und das Verbot der Verwendung von weißem (gelbem) Phosphor zur Anfertigung von Zündhölzern hänge mit der Frage der Konkurrenz zusammen. Er begrüße das Abkommen und betrachte dasselbe als einen ersten Schritt auf der Bahn nach vorwärts.

**Abg. Gunge** (natl.) bespricht die Verhältnisse in der Hausindustrie für Zigarrenfabrikation. Die Schäden der Heimarbeit lägen zunächst in den schlechten Wohnungen; hier wolle der Entwurf Wandel schaffen. Die betreffenden Bestimmungen würden einer genauen Prüfung bedürfen. Uebergangsbestimmungen seien notwendig, damit die Arbeiter sich an das Gesetz gewöhnen.

**Abg. Geper** (Soz.) betonte, der Vorwurf der Arbeiterfeindschaft trafe auch diese Vorlage in bezug auf die Zigarrenhausarbeit. Die Arbeiterchaft habe stets ein vollständiges Verbot der Hausindustrie verlangt. Redner besprach dann die schlechten Wohnungen der Hausarbeiter, denen auch die angebotene Enquete keine Besserung brachte. Die Regierung habe sich die Arbeit mit diesem Entwurf nicht schwer gemacht, im wesentlichen sei er nur eine Umschreibung der schon seit Jahren bestehenden Bestimmungen für die Zigarrenfabrikation. Auch die Kinderschutzbestimmungen seien vollständig ungenügend. Hierauf wird die Weiterberatung auf Montag nachmittags 1 Uhr vertagt; außerdem Etat des Reichsamts des Innern. Schluß 6 Uhr.

#### (Telegraphischer Bericht.)

Berlin, 2. März.

Präsident Graf **Stolberg** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Der Präsident teilt zunächst mit, daß der Alterspräsident **v. Winterfeldt-Wenk** heute sein 85. Lebensjahr zurückgelegt habe und erbittet und erhält die Ermächtigung, demselben die Glückwünsche des Hauses auszusprechen.

In der fortgesetzten Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle führt **Abg. Enders** (fr. Vp.) aus: Mit der gesetzlichen Regelung der Heimarbeit tue man einen Schritt in ein dunkles Land. Selbsthilfe und Staat müßten mitwirken, um die Uebelstände in der Heimarbeit zu beseitigen, ohne sie selbst und ihre Grundlagen zu erschüttern. Die Hausindustrie in der Ausstellung in Berlin habe nur ein unvollkommenes Bild der Heimarbeit gegeben. Es handelt sich darum, Reformen zu schaffen, die den gesunden Kern der Heimarbeit betreffen, denn die Heimarbeit sei an sich eine gesunde, nötige Folge der industriellen Entwicklung. Nötig sei auch die Ausdehnung der Gewerbeaufsicht auf die ganze Hausindustrie durch besondere männliche und weibliche Inspektoren.

**Abg. Burckhardt** (Wirtsch. Vgg.) verlangt müsse werden die Einbeziehung der Heimarbeiter in die Hausversicherung, die Aufstellung von Tarifverträgen, durch welche die Lohnverhältnisse gebessert werden. Goffentlich werde in der Kommission ein praktischer Weg zur Lösung der Schwierigkeiten gefunden werden.

**Abg. Kaumann** (fr. Vgg.) würdigt die Verdienste der Heimarbeiterausstellung. Bielsch sei die Bestimmung der Vorlage unausführbar. Ein allgemeines Verbot der Hausindustrie sei nicht angängig.

\* Berlin, 2. März. Die Kommission des Reichstags für Beratung des Vereinsgesetzes stimmte heute über den § 7 (Sprachenparagraf) ab und nahm zunächst vier Absätze (2-5) des freisinnigen Antrages an, lehnte dann aber in der Gesamtstimmung den ganzen § 7 ab.

\* Berlin, 2. März. Durch die Ablehnung des § 7 des Vereinsgesetzes in der Kommission des Reichstages entfällt derselbe. Damit ist die erste Lesung beendet. Die zweite Lesung beginnt Mittwoch den 11. März.

### Marokko.

(Telegramme.)

\* Paris, 1. März. Die Abfahrt des nach Marokko bestimmten Kreuzers „**Friant**“ aus Cherbourg wurde um einige Tage verschoben, da der Schiffskommandant das bereits verladene Schießpulver als mangelhaft zurückgewiesen und dessen Ersetzung durch neues Pulver verlangt hat. Das Marineministerium genehmigte dieses Ansuchen.

\* Paris, 2. März. Ueber die Beschlüsse, die im Laufe der gestrigen Besprechung der Minister mit General **Vautey** zum mindesten im Prinzip gefaßt wurden, meldet „**Le Petit Parisien**“, daß die Methode der kleinen Nachschübe, die sich bisher so wenig bewährt habe, aufgegeben werde. Casablanca und die Nachbargebiete sollen so befestigt werden, daß man feindlichen Angriffen unbesorgt entgegensehen könne. Zum Mittelpunkt dieses ganzen Gebietes dürfte der **Reschid** auszuwählen werden, das auch als Lebensmittel- und Munitionsdepot dienen u. durch eine schmalspurige Feldbahn mit Casablanca verbunden werden soll. Die Regierung hofft, daß 3000 Mann Verstärkungen zur Durchführung aller notwendigen Operationen vollkommen ausreichen werden. Was den Sultan **Abdul Afsis**

anbelangt, so glaubt man, daß er schnellstens **Agemur** befehlen müsse, um **Mulay Hafid** vom Meere abzuschneiden. Erst dann werde **Abdul Afsis** daran denken können, **Saffi** zurückzuerobern.

### Finanzielle Rundschau.

Frankfurt, 1. März.

Die politische Spannung wegen der Vorgänge im Orient läßt zwar nach, aber die Börse hat noch immer nicht ihre Elastizität zurückgewonnen. Auch die Gestaltung des Geldmarktes hat nicht den Erwartungen entsprochen. Nach dem Reichsbankausweis und den Berichten aus Frankreich und England glaubte man, daß eine Reduktion der Bankraten reif geworden sei. Aber diese Maßnahmen sind einstweilen verschoben worden. Der Status der Bank von England zeigt infolge großer Wechselnrechnungen einige Anspannung, und die Reichsbank befolgt eine so vorsichtige Politik, daß sie das entscheidende Wort über die Zinsfußveränderung erst nach dem Monatswechsel aussprechen will. Und im Zusammenhang mit den Anforderungen zum Monatschluß zog auch der Privatdiskont einige Bruchteile an. Die kleine Verteilung der Zinsfüße verhinderte eine Emporhebung der heimischen Staatsfonds, wofür die besten Aussichten vorhanden waren. Freilich scheint auch die kommende neue Reichsanleihe schon Schatten vorauszuwerfen.

Für ausländische Renten gab es teilweise Rückgänge, besonders für Japaner, auf welche die Meldungen englischer Mänter drückten, daß in Japan eine Finanzpanik ausgebrochen sei. Mag dieser Ausdruck auch vielleicht zu drastisch sein, so ist es doch nicht zu leugnen, daß die hoch angeschuldete Schuldenlast dem Inselreich schwer zu schaffen macht. Ratter sind auch Portugiesen, zumal als portugiesische Schahbons in Paris angeboten werden, ohne dort Unterfangen zu finden. Ruffen konnten eine zeitweise Abschwächung wieder ziemlich ausgleichen, fest lagen Ungarn, Türkenlose, Argentinien usw.

Die Börse sieht ihr Wohl und Wehe noch viel von Amerika abhängig. Drüben will sich die Lage aber immer noch nicht klären, die Eisenbahnfrachten befinden sich sogar mehrfach in neuer Ermattung, besonders Erie, Denver, Missouri, Union Pacific.

Die Meldungen vom Metallmarkt lauten widersprechend. Wenn heute bessere Eisenberichte vorliegen, werden sie meist wieder am nächsten Tage demontiert. Kupfer soll insofern günstiger liegen, als die Amalgamated Copper Co. angeklagt ihre Bestände ausverkauft hat. Auch hierüber bleibt Betätigung abzuwarten. Was man aber nicht verkennen kann, ist der Niedergang des heimischen Wirtschaftslebens, der in sinkenden Kohleisenpreisen, in dem schleppender werdenden Kohlenabsatz und in der erscheinenden Verschlechterung des Abschlusses der Hamburg-Amerika-Linie gutagte tritt. Das Eingeständnis, daß das Kohlenyndikat die allerdings gewachsene Produktion nicht mehr glatt unterbringen kann, beweist, wie der Niedergang im Wirtschaftsleben sich auch immer mehr auf die Rohstoffe ausdehnt; es beweist ferner, daß auch die mächtigste Organisation die Konjunkturschwankungen nicht verhindern kann. Es ist nur schade, daß das Syndikat statt an den hohen Preisen festhält, anstatt der ganzen Volkswirtschaft durch Verbilligung eines wesentlichen Rohstoffes die Hand zur Befundung zu bieten. Statt dessen sucht man die unangenehmen Erscheinungen der veränderten Lage dadurch zu belämpfen, daß man die Produktion verringert und große Mengen zu Schmelzpreisen an das Ausland abführt.

Der (gestern mitgeteilte) Abschluß der Hamburg-Amerika-Linie zeigt mit verblickender Deutlichkeit, wie über vielen Ländern eine wirtschaftliche Depression liegt und wie der Weltverkehr zurückgegangen ist; er zeigt aber auch ferner, daß sich die Großmannsjucht der Reederei und die allzu rasche Expansion rächt. Endlich haben die Tarifkämpfe viel Schaden angerichtet, es ist deshalb gut, daß wenigstens hierin Wandel geschaffen und anscheinend in allen Relationen Verständigungen mit den außerdeutschen Konkurrenten getroffen werden.

Von den weiter veröffentlichten Bankbilanzen wurde diejenige der Diskontogesellschaft sehr günstig, diejenige der Commerz-Disconto-Bank sehr ungünstig aufgenommen. Dem letzteren Institut hat aber die Verbindung mit dem Hotelier **Eberbach** sehr geschadet. Da die Kommissionsverhandlungen über die Börsennovelle befriedigend aufgefaßt wurden, hielten sich Banken ziemlich widerstandsfähig. Ratter sind indessen **Darmstädter**, **Nationalbank** usw.

Während Eisenaktien behauptet blieben, gaben Kohlenpapiere etwa 2 Proz. nach. Badische Anilin, Elberfelder Farbenfabrik wurden auf die kommende Aktienbermehrung wesentlich niedriger abgegeben, konnten sich aber dann etwas erholen. Höher sind **Albert**, **Zement Heidelberg**, **Südb. Kabelwerke**, **Zellstoff Waldhof**. Sonst überwiegen die Ermattungen auf den meisten Gebieten.

Deuterr. Bahnen blieben im Preis, italienische konnten sich nach anfänglichem Rückgang Hand in Hand mit der Besserung der ital. Börsen erholen. Gebessert sind auch Orientbahnen. Große Berliner Straßenbahn wurden auf die Darlegungen in der Generalversammlung über den Innenwert der Aktien 3-4 Prozent besser bezahlt.

Schiffahrtsaktien verloren 3-4 Prozent.

### Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 2. März.

Am Freitag, 28. Februar, fand bei Ihren Königlichen Hoheiten dem Großherzog und der Großherzogin **Kasel** statt, zu welcher Ihre Königliche Hoheit **Großherzogin Luise**, Ihre Majestät **Königin von Schweden**, Seine Hoheit **Prinz**, Ihre Königliche Hoheit **Prinzessin Friedrich Karl von Hessen**, Seine Großherzogliche Hoheit **Prinz** und Ihre Königliche Hoheit **Prinzessin Max** erschienen.

Gestern, Sonntag, vormittag nahmen Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin mit Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin **Luise** am Gottesdienst in der **Schloßkirche** teil.

Später meldeten sich bei Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog zur Ueberreichung der Monatsrapporte: **Oberst Freiherr von Wittwig**, Kommandeur des 1. Badischen Leibgrenadierregiments Nr. 109, **Oberleutnant von Fiebig**, Kommandeur des Feldartillerieregiments

**Großherzog** (1. Badischen) Nr. 14, und **Oberleutnant Freiherr Thumb von Neuburg**, Kommandeur des 1. Badischen Leibdragonerregiments Nr. 20; ferner **Hauptmann Groos**, Kommandeur der Unteroffiziersvorschule in **Partenstein**, bisher an der Unteroffizierschule **Potsdam**.

Heute vormittag nahm Seine Königliche Hoheit den Vertrag des Staatsministers **Dr. Königern** von **Dußch** und darnach die Meldung des königlich württembergischen Oberleutnants und diensttuenden Flügeladjutanten **Seiner Majestät des Königs, Mohr**, bisher **Major** und **Abteilungscommandeur** im 2. Badischen Feldartillerieregiment Nr. 30, entgegen.

Um 12 Uhr empfing Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Präsidenten des königlich württembergischen Staatsministeriums, Staatsminister der auswärtigen Angelegenheiten **Dr. von Weizsäcker**. Anschließend wurde Staatsminister **Dr. von Weizsäcker** von Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin empfangen und nahm sodann an der Hofstafel teil, zu der verschiedene Einladungen ergangen waren.

Im Laufe des Nachmittags und Abends hörte Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Legationsrats **Dr. Seyb**, des Geheimrats **Dr. Freiherrn von Vabo** und des Geheimrats **Dr. Nicolai**.

(Großherzogliches Hoftheater.) Das Schauspiel wird nach den Karnevalstagen, während deren das heitere Genre ausschließlich dominiert, am Donnerstag den 5. März die erste Wiederholung von **Hebbels „Michel Angelo“** und **Hofmannsthal's „Hochzeit der Sobeide“** bringen. Am Sonntag, 8. März wird des 75. Geburtstags von **Marong** durch eine Nachmittagsvorstellung des Lustspiels „**Der Compagnon**“ gedacht werden. Für Samstag den 7. und Montag den 9. März ist eine Aufführung der Schillerischen **Wallenstein-Trilogie** vorgesehen. Die Uraufführung des Schauspiels „**Neue Wege**“ von **Felix Baumach** soll am Freitag den 20. März stattfinden. In der Oper wird am Freitag den 13. März **Frau Henny Linde** als „**Lafmé**“ gastieren. Für Sonntag den 15. März ist **Wagners „Lohengrin“**, für Montag den 24. März „**Tannhäuser**“ (als Vorstellung außer Abonnement) geplant. Wie uns weiter die Generaldirektion mitteilt, wird wegen Schonungsbedürftigkeit des Herrn **Jablonsky** am Sonntag den 8. März als Abendvorstellung statt „**Die Jüdin**“ **Richard Wagners „Ballade**“ gegeben werden. Aus dem gleichen Grunde wird an Stelle der im Theater in **Baden für Mittwoch den 4. März** angekündigten Aufführung der Oper „**Die Wittwe**“ **„Der fliegende Holländer“** treten.

Z. Die am Sonntag stattgefundene erste Wiederholung von **Ruccinis „Böhème“** brachte dem Werk mit seiner feinen Musik trotz der mangelhaft entwickelten Handlung wiederum starken Erfolg. Die vielen Schönheiten der aparten musikalischen Sprache, die mit ihrer weitgeschwungenen Melodien, den rhythmischen und harmonischen Reizen den Hörer gefangen nimmt, verfehlen auch gern ihre Wirkung nicht. Die vier Bilder kamen sämtlich sehr abgerundet und wirksam heraus; weit deutlicher und klarer als das erste mal gelang die schwierige Szene vor dem „**Café Momus**“, sehr lebendig das Volkstreiben und der Aufzug der **Wache**. Bei vorzüglicher englischer und darstellerischer Durcharbeitung fügten sich die einzelnen Partien zu einem prächtigen Ensemble zusammen, das unter Herrn **Dr. Gähler's** Leitung sicher und schön sang. Einzelne Teile wurden noch eindringlicher sein, wenn es gelang, die Stärke des Orchesterkörpers um einige Grade zu mildern, und trotz des vorgeschriebenen dreifachen „forte“ Singstimmen und Orchesterklang ins richtige Verhältnis zu setzen. Lebhafteste Bewunderung erregten wieder die gelungenen szenischen Bilder, und das Publikum gab seiner Friedigung über den Verlauf der **Rohität** durch lebhaften Beifall und Hervorruf der Darsteller Ausdruck.

Flumenthal und **Adelburg**, die sich bisher bei ihrer gemeinsamen Arbeit wohl nur auf dem Schwanenbühnen bewegt, haben sich in dem neuen Stück „**Der letzte Funke**“, das am Samstag hier zum erstenmal aufgeführt wurde, mit großer Gewandtheit zum Lustspiel emporgeschwungen. Die Handlung ist recht originell erfunden und hält sich von der in **Flumenthal-Adelburg'schen** Schwänken so üblichen Konstruktionswillkür ziemlich frei, und die Charakterisierung ist bei aller Lustspielmäßigkeit doch recht logisch entwickelt. Neben reichlicher Komik kommt hier und da auch stimmungsvoller Humor zum Durchbruch. Kurz der Gesamteindruck des kleinen Dreiakters, dessen Aufführung knapp zwei Stunden dauert, ist ein so günstiger, das einige nicht erhebliche Dialoglängen in den ersten Akten, und Anzeichen von Rückfällen ins Schwänzengebiet im dritten Akt, ihm keinen Abbruch tun können. Dazu kam die auf einer flotten, frischen Ton gestimmte, von Herrn **Schepfanel** sehr sorgfältig einstudierte, Darstellung, die aus dem letzten Funken einen sehr warmen Applaus und viel lustige **Feierlichkeit** zu entfachen wußte. — Die schöne **Baronin Angela** lebt von ihrem Gatten, dem sehr verschwendischen aber sonst gutartigen Sportsmann und **Don Juan**, **Baron Clemens Recklin**, seit zwei Jahren aus naheliegenden Gründen getrennt. Des **Barons Tochter (Steph)** aus erster Ehe ist an **Bruno Hege**mann, dem Sohn des reichen Kommerzienrats **Hegemann**, verheiratet. Letzterer muß herhalten, um die finanziellen Unebenheiten des 48jährigen Jünglings auszugleichen. Im Hause des Schwiegersohnes treffen sich **Baron Clemens** und **Angela**. Seine einstige Liebe erweckt von neuem, aber sie will sich jetzt scheiden lassen, um sich wieder zu verheiraten, und zwar hat sie die Idee gefaßt, einen braven, älteren Junggesellen, einen typischen „**guten Kerl**“, **Lutz** von **Trenckelstein**, der ihrem Gatten ein treuer Freund und ihr selbst seit 15 Jahren ein harmloser Verehrer war, mit ihrer Hand zu beglücken. Der kluge **Baron** setzt nun alles daran, um **Angela** wiederzugewinnen, und es gelingt ihm auch leicht, den guten Freund **Lutz** aus dem Felde zu schlagen. In **Angela** zeigt sich der letzte Funke einstiger Liebe durch eine gelegentliche Aufwallung von Eifersucht. Damit hat **Clemens** gewonnenes Spiel, bald liegen sie sich versöhnt in den Armen, und es ist alles wieder gut. — In der Darstellung war Herr **Höder** als **Baron Clemens** ein prächtiger **Lebemann**, der trotz seiner sehr bedenklichen Eigenschaften doch recht sympathisch wirkte. **Frl. Kobeditel** gab als eheliches Gegenstück eine sehr elegante, gewandte **Angela**, und Herr **Wassermann** war ein wunderbar biederer, etwas tragikomischer **Freund Lutz**. Dieses eigenartige **Kleeblatt** dominierte derartig, daß die übrigen Rollen sehr zurücktraten. Herr **Wark** spielte den normalen **Kommerzienrat** und Herr **Heinzel** als **Bruno** nebst **Frl. Müller** als **Steph** waren das bekannte entzückende **liebvolle junge Paar**. Herr **Kempff** gelang es, den gemüthlichen aber nicht geringen trinkfischen **Hausarzt Hempel** recht wirksam und fein herauszuarbeiten, auch Herr **Hallego** als **lunziger Diener** machte sich verdient. Die Darsteller wurden wiederholt gerufen und dem



Stunde, wie gesagt, sehr lebhafter, freundlicher Beifall gespendet. Für viele war die Aufführung eine gute Vorbereitung auf den großen Maskenball in der Festhalle, der sicher etwas für Baron Clemens gewesen wäre; den Kommerzianten und Bruno glauben wir tatsächlich dort gesehen zu haben.

**(Deutscher Schulverein — Ortsgruppe Karlsruhe.)** In einem Bericht des Vorsitzenden der Ortsgruppe Karlsruhe, Dr. Th. Längin, wird u. a. ausgeführt: Die 30 Millionen Auslanddeutschen sind bekannt als treue Bürger des Staates, in dem sie wohnen. Aber was man in der ganzen Welt beim Engländer oder Franzosen als selbstverständlich zuläßt, daß er für sich und seine Familie, auch als Bürger eines anderen Staates, stets Angehöriger seines Volkstammes bleibt, das wird dem Deutschen verübelt, politisch ausgelegt und oft genug hat er es geschäftlich zu spüren. Das erfolgreichste Mittel zur Abwehr der systematischen Bedrängungen deutscher Dörfer ist die Erhaltung und Erweiterung deutscher Schulen. Es mehren sich deshalb auch ständig die Gesuche um Beihilfen. Die seit 26 Jahren in dieser völkischen Schutzarbeit tätige Ortsgruppe Karlsruhe des Deutschen Welterschulvereins hat im Jahre 1907 hierfür 1287 Mark verwendet. Zu den Unterstützungen, die von der Hauptleitung in Berlin und dem Landesverband (Vorort Konstanz) ausgehen, wurden je 220 M. abgeführt. Der Rest der Mitgliedsbeiträge, vermehrt um die höchst dankenswerten 500 Markspende der Stadt Karlsruhe, wurde verwendet: für Kostfäden (Weißböhmen) 300 M., Südtirol 150 M., Hohenbach (Südostböhmen) 100 M., für Schulweihnachtsfeiern in Rohlfisch-Sauerbrunn (Südtirol) und in Hohenbach (Nordmähren) je 50 M. Die Verhältnisse in den unterstützten Gegenden werden in dem Bericht eingehend geschildert. Wie aus den Mitteilungen hervorgeht, unterstützt der Deutsche Schulverein die in ihrem Volkstum bedrohten und bei ihm Hilfe suchenden Deutschen ohne Unterschied des politischen oder des religiösen Bekenntnisses mit Erfolg. Die Mittel reichen aber für den Bedarf in der ganzen Welt durchaus nicht. Deshalb ist jeder einmalige oder jährliche Beitrag deutscher Männer und Frauen willkommen.

**(Das achte Badische Sängerbundestag)** findet, wie bekannt, in der Zeit vom 6. bis 9. Juni (Pfinzfest) 1908 in Karlsruhe statt. Mit einer gefälligen Vereinigung im Stadtpark nehmen die Festveranstaltungen am Pfinzfestabend ihren Anfang. Die Prüfung der wettlaufenden Vereine findet am Samstag abend und Sonntag früh statt. Zu einem feierlichen Akt wird die am Pfinzfestabend um 11 Uhr in der Festhalle stattfindende Begrüßung der auswärtigen Vereine sich gestalten. Diese wird durch einen Vertreter der Stadt und den Präsidenten des Badischen Sängerbundes erfolgen. Den Ansprachen voran geht ein Begrüßungschor der Karlsruher Vereine. Die Dichtung ist von Oberlehrer Albert Herzog verfaßt, die Komposition ist ein Werk des Chorleiters der „Liederkörpers“, Hoforganisten Ludwig Baumann, die beide ihr hervorragendes Können in den Dienst des Festauschusses gestellt haben. Die Festkonzerte finden Sonntag vormittag halb 12 Uhr und nachmittags 3 Uhr statt. Abends 6 Uhr und Pfinzfestabend früh 8 Uhr folgen dann die Gesamtkonzerte für das Festkonzert. Im Festkonzert kommen wieder hervorragender Konzepte als Gesamtkonzerte zum Vortrag. Außerdem Orchesterkonzerte von Kempter, Grieg und Jölicher (Rachmetz Gesang, Landfernung und Kolumbus). Das Festkonzert beginnt Pfinzfestabend um 11 Uhr. Nach demselben findet der Festzug statt. Nach der Rückkehr des Festzuges in die Festhalle erfolgt die Verkündung des Urteils der Preisrichter.

**(Handwerkskammern.)** Die hier gegründete „Konferenz süddeutscher Handwerkskammern“ wählte Stuttgart zum Standort.

**(Kraftwagenstatistik.)** Am 1. Januar 1908 waren im Großherzogtum 843 Motorräder und 722 Automobile vorhanden, gegenüber 596 Motorrädern und 521 Wagen am 1. Januar 1907. Darnach hat sich im Laufe des letzten Jahres die Zahl der Motorräder um 41,4 Proz., die der Automobile um 38,8 Proz. vermehrt. Von den Wagen dienen 45 zur Lastbeförderung, die übrigen 677 der Personenbeförderung. Im Dienste öffentlicher Behörden standen 8 Wagen und 2 Käder. Auf die 5 größeren Städte des Landes, Freiburg, Karlsruhe, Forstheim, Mannheim und Heidelberg, entfallen allein 575, also mehr als ein Drittel aller Fahrzeuge. Im Großherzogtum sind im Laufe des Jahres 1907 beim Verkehr mit Kraftwagen im ganzen 129 schädliche Ereignisse festgestellt worden. In 90 Fällen wurde ein nachweisbarer Sachschaden verursacht; die geschätzte Gesamtschadenssumme betrug 30 882 M.; in 35 Fällen war ein nachweisbarer Schaden nicht vorhanden, in 4 Fällen konnte die Schadenshöhe nicht ermittelt werden.

**(Aus dem Polizeibericht.)** Freitag nachmittags 4 Uhr, als ein 18 Jahre alter Fuhrer, der hier bei einem Aufschereibsteh bedienstet ist, mit einem mit zwei Pferden bespannten und mit Kohlen beladenen Britschewagen von der Frachthalle nach der Kriegstraße fuhr, wurde derselbe von seinem Fuhrer an einen an der Straße stehenden Britschewagen gedrückt und innerlich erheblich verletzt. Das Blut floß ihm aus Mund und Nase und er brach ohnmächtig zusammen. Der Verletzte wurde von einem Arbeiter mittels Drofische nach seiner eierlichen Wohnung gebracht, wo ihm sofort ärztliche Hilfe zuteil wurde. — Am 28. d. M. unterlag ein 18 Jahre alter Hausbursche von hier seinem Arbeitgeber 10 M. Kundengelder und ging damit flüchtig. — In der Nacht zum 27. d. M. wurde wiederum in dem Hofe einer Wirtschaft in der Hirschstraße der Eisschrank aufgebrochen und ausgeräumt. — Im Laufe des Freitag nachmittags verlor ein Reisender seine Brieftasche mit 3 Hundertmarkscheinen und 7 Reichsmark über den Gesamtbetrag von 2260 M., die teils mit dem Akzept Gebr. E. W. Tugmann, teils mit dem Giro Emil Tugmann versehen sind. Die Tasche hat sich in einem Geschäft, wo sie der Reisende hat liegen lassen, vorgefunden und wurde dem Eigentümer wieder ausgeliefert. — In der Nacht zum 29. v. M. drang ein Unbekannter mittels Nachschlüssel in eine Wirtschaft im Zirkel und plünderte die Büfettische. Es fielen ihm aber nur etwa 50 Pf. in die Hände, da das übrige Geld, wie gewöhnlich bei Wirtschaftskräden in die Wohnung mitgenommen wurde. — Verhaftet wurde ein 33 Jahre alter, verheirateter Tagelöhner aus Buch am Horn, weil er durch eine gefälschte Urkunde, wonach er als Zeughausverwalter angestellt werde und dazu 400 M. Kautions zu stellen habe, diesen Betrag seinem Schwiegerbater abschwindelte. — In der Nacht zum 28. v. M. wurden in Weiertheim mittels Aufbruchs 2 Stallkäsen im Werte von 10 M. gestohlen.

**(Der dritte südtirolische Festhallenmaskenball.)** Ob dieser dritte und letzte Maskenball gleich stark besucht war, wie in den letzten Jahren der immer überfüllte zweite, der bisher der letzte war, erscheint uns zwar zweifelhaft. Aber es war so gerade recht; bei aller Menschenfülle spürte man doch nirgends lästige Gedränge; leichte, lustige Wellen schlagend, glitten die Ströme hundert Gestalten fröhlich aneinander vorbei. Die karnevalistische Schulung des Publikums durch die Karnevalsvereine macht sich doch gütig bemerkbar; man sieht fast nur geschmackvolle, hübsche Kostüme, wenigstens sind die früher immer in Massen vertretenen Strodel- und Kummen oder sonstig unästhetische Erscheinungen fast gänzlich

verschwunden. Auch schien überall gute Laune und angeregte Stimmung zu herrschen. Bei der Prämierung mußte wieder unter den vielen Preiswürdigen sorgfältige Auswahl getroffen werden und die Preisrichter hatten nicht leichte Arbeit; manche, darunter einige Gruppen, die wohl eines Preises wert gewesen wären, mußten leer ausgehen. Von den Herrenpreisen erhielt den ersten: 100 M., eine recht originelle „Politische Illustration“, den zweiten Preis: 60 M., „Christoph“, den dritten Preis: 40 M., „Der Pantrach Friedberg“, den vierten Preis: silberne Uhr, ein „Karlsruher“, den fünften Preis: eine goldene Dufennadel, ein „indischer Wasserträger“, den sechsten Preis: goldene Manschettenknöpfe, „Geld regiert die Welt“, den siebenten Preis: 10 M., „Welterbummler“ und den achten Preis: 10 M., „Die gelbe Gefahr“. Die Damenpreise wurden wie folgt verteilt: 1. Preis 80 M., „Lehrvogel“, 2. Preis 60 M., „Mumensfrau mit Glas“, 3. Preis 40 M., „Margerite“, 4. Preis goldenes Kettenarmband: „Elektr. Christbaum“, 5. Preis goldene Remontoiruhr: „Lumpensammlerin“, 6. Preis goldenes Collier: „Andalusierin“, 7. Preis goldene Brosche: „Bogelverkäuferin“, 8. Preis Opencorset: „Regenbogen“, 9. Preis halbes Duzend silberne Kaffeelöffel: „Mündener Wilderbojen“, 10. Preis goldener Ring: „Maiblümchen“, 11. Preis 10 M.: „Blumentopf mit Marzall-Nitrosen“, 12. Preis 10 M.: „Fischweib Sirene“, 13. Preis 10 M.: „Blumenscheibe mit Figur“. Die Gruppenpreise erhielten: 1. Preis 200 M. in Gold, bar: „Africanisches Karussell“, 2. Preis 150 M. in Gold, bar: „Scherl-Arme“, 3. Preis 50 M. in Gold, bar: „Lidellen“, 4. Preis 40 M. in Gold, bar: „Waldfrühe“, 5. Preis 30 M. in Gold, bar: „Gruppe 1833“. — Im geistigen Faschingsonntag herrschte in den Straßen und namentlich abends in den Cafés und Restaurants ein ziemlich lebhaftes Maskentreiben, das in berringertem Maße auch heute bemerkbar war.

**(Karnevalszug.)** Der morgen Dienstag nachmittags halb 3 Uhr stattfindende Karnevalszug der hiesigen Karnevalsgesellschaften, zu dem gegen 70 Nummern vorgezogen sind, wird den gleichen Weg einschlagen, wie im Vorjahre; er nimmt Aufstellung am Durlacher Tor, zieht durch die Kaiserstraße bis zur Kronenstraße, wo er nach der Kriegstraße einbiegt, am Bahnhof vorbei bis zur Karlsriedstraße, durch diese bis zur Kaiserstraße, verbleibt auf dieser bis zur Karlsruher Straße, geht von hier zur Amalienstraße und in diese bis zum Kaiser Wilhelmdenkmal, das im Bogen umkreist wird und kehrt durch die Kaiserstraße wieder nach dem Durlacher Tor zurück, wo er sich auflöst.

**S Mannheim, 1. März.** Bei richtigem Aprilwetter — leichter Schneefall wechselte mit Sonnenschein — bewegte sich heute nachmittags der aus 50 Nummern bestehende Karnevalszug des „Feuerio“ vom Neßloch und durch die Hauptstraßen der Stadt und Altstadt. Um 11 Uhr 11 Min. erfolgte die übliche feierliche Einholung des Prinzen Karneval, der per Schiff hier eintraf und vom Eiserrast an der Landestelle der Ueberfahrtsboote oberhalb der Rheinbrücke empfangen wurde. Der Karnevalszug, der zum ersten male von Architekt und Kunstschaffsteller Lehmann mit seinem künstlerischen Verständnis entworfen worden war, wies eine Anzahl origineller Wagen und Gruppen auf, von denen die meisten an die vergangene Ausstellungs- und Jubiläumszeit erinnerten. Der Fremdenzufluß war wieder enorm. In den Hauptstraßen war kaum durchzukommen. Den Schluß des Mannheimer Karnevals macht am Dienstag abend der große städtische Maskenball im Hofgarten.

**W. Heidelberg, 2. März.** Gestern nacht um 1 Uhr brach in dem Dachstuhl des Rathauses Feuer aus. Eine halbe Stunde später brannte der ganze Dachstuhl lichterloh. Das Flugfeuer sprang auf die Heiligegeistkirche über, deren Turm bereits anfang zu brennen, doch gelang es der Feuerwehr alsbald, die Kirche vor den Flammen zu schützen. Im Rathaus sind die unteren Räumlichkeiten und der ganze Bau durch das Wasser sehr beschädigt.

**Vom Bodensee, 1. März.** In Stodach beging dieser Tage die auch in weiteren Kreisen bekannte Frau Posthalterin J. L. Witwe in geistiger und körperlicher Missetat ihren 90. Geburtstag. Geboren in Ettenheim (Weisgau) übernahm sie nach dem Tode ihres Mannes vor etwa 50 Jahren die Leitung eines ausgedehnten Wirtschaftsbetriebs, Oekonomie- und Postwagenbetriebs und brachte durch ihren Fleiß und ihre Energie den Galtshof zum „Adler“ (Post) zu einer bemerkenswerten Blüte. — Gestern ist in Ueberlingen Herr Stadtpfarrer Wilhelm Ewald, Dekan a. D., im 74. Lebensjahre nach längerem Leiden verstorben. Derselbe funktionierte von 1859 bis 1863 in Weersburg, sodann in Ueberlingen. Von 1863 bis 1899 war er Dekan der Diözese Konstanz. In den Ruhestand trat er im April 1900. Der Verstorbene war eine äußerst beliebte Persönlichkeit, von bescheidenem, liebenswürdigem Charakter und ein großer Wohltäter der Armen.

**(Kleine Nachrichten aus Baden.)** In Mannheim findet am Samstag den 14. März die Uraufführung der Komödie „Doktor Eisenbart“ von Otto Falkenberg statt. — Der jungliberale Verein in Heidelberg beschloß in seiner letzten Hauptversammlung seinen Anschluß an den Reichsverband. Auch der Antrag, Frauen in den Verein aufzunehmen, fand einstimmige Annahme. — In Odenheim wurde die Abschaffung des Schulgeldes in der letzten Bürgerausschusssitzung mit allen gegen 2 Stimmen beschlossen. — Am Mittwoch starb in Schiltach der dortige evangelische Stadtpfarrer Eduard Böck im Alter von 70 Jahren. Der Verstorbene, der während 43 Jahren in Schiltach als Seelsorger wirkte, war auch in weiteren Kreisen der Diözese wohlbekannt und zählte zu den ältesten Geistlichen des Landes. — Das Amtsgericht in Konstanz gibt bekannt, daß eine Erbschaft von 126 000 M. bereit liegt für den zum Antritt derselben Berechtigten. Der Erblasser ist der in der Nähe von Washington verstorbenen Lorenz Stutler oder Stadler. Man vermutet den Erben in der hiesigen Gegend.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

**Berlin, 2. März.** Seine Majestät der Kaiser sprach heute morgen beim Staatssekretär des auswärtigen v. Schoen vor, konferierte dann mit dem Reichskanzler und empfing später den neu ernannten Staatssekretär im Reichsschatzamt Sydow, sowie den Abt von Maria Laach.

**Berlin, 2. März.** In der Klage der Boermannlinie gegen den Reichsschatz wegen der Liegegelder in Südwafrika hat das Schiedsgericht sein Urteil dahin gefällt, daß von der seitens der Boermannlinie geforderten Summe von 1 979 916 M. der Fiskus nur zur Zahlung von 452 976 M. verpflichtet sei.

**Saarbrücken, 2. März.** Der Arbeitgeberverband des Saargebietes im Saargebiet hat heute sämtliche 5-600 Gehilfen ausgesperrt.

**London, 1. März.** Dem Reuterschen Bureau wird aus Tokio gemeldet, Japan verlange mit Entschiedenheit von China Entschädigung für die Beschädigung des Dampfers „Tatsu Maru“, welche am 6. Fe-

bruar bei Macao durch die chinesischen Zollbehörden erfolgte, und behaupte, daß der „Tatsu Maru“ in den portugiesischen Gewässern beschlagnahmt worden sei. Die japanische Regierung werde unzweifelhaft zu Gewaltmaßregeln schreiten, wenn ihren Forderungen zur rechten Zeit nicht nachgegeben werde.

**Washington, 1. März.** Die Schiedsgerichtsverträge zwischen Griechenland und den Vereinigten Staaten sowie der Schweiz mit den Vereinigten Staaten sind gestern unterzeichnet worden.

**Berlin, 2. März.** Die südafrikanische Eisenbahn Ottawigraatfontein hat nach telegraphischen Meldungen die Station Graatfontein erreicht.

**Tsingtau, 2. März.** Das für Tsingtau bestimmte Zuchtvieh, welches der Dampfer „Sylvia“ hierher führte, ist unterwegs an der Rinderpest eingegangen, die in Port Sind durch ein Nord gebrachtes lebendes Schlachtvieh eingeschleppt wurde.

### Verschiedenes.

**Wien, 1. März.** Das Testament Pauline Luccas wurde gestern gerichtlich eröffnet. Die Künstlerin hat ihre einzige Tochter aus erster Ehe, die Baroness Marie v. Raden, zur Universalerbin eingesetzt und eine Reihe von Legaten hinterlassen. Wenn die Tochter unvermählt stirbt, erhält ein Drittel des reinen Nachlasses die Wiener freiwillige Rettungsgesellschaft, ein Sechstel erhält die Luccastiftung für arme Kinder in Ischl und ein Sechstel das Spital der Barmherzigen Brüder in Wien. Ein Drittel des Vermögens, das im ganzen 2 Millionen Mark betragen soll, wird von den oben erwähnten Legaten in Anspruch genommen. Als Pauline Lucca anfangs der 90er Jahre schwer krank nach Wien kam, wurde sie durch die Rettungsgesellschaft vom Bahnhof in ihre Wohnung gebracht. Seit dieser Zeit legte sie für die Gesellschaft große Vorliebe, was denn auch in dem Testament seinen Ausdruck findet.

**New York, 1. März.** Die mexicanischen Bahnen interessieren sich für die mexicanischen Bahnen interessiert sind, sprachen telegraphisch ihre Annahme der Bedingungen für die Fusion der Nationalbahn von Mexiko, der mexicanischen Zentralbahn, der Inter-oceanic und Internationalen Eisenbahngesellschaft aus.

### Großherzogliches Hoftheater.

#### Im Hoftheater in Karlsruhe:

Dienstag, 3. März, 21. Vorst. außer Ab. Vormittags halb 11 Uhr: „Rag und Morit“, ein Bühnenstück in 6 Streichen von Buch. — „Sonne und Erde“, Ballett in 2 Akten und 5 Bildern von Gaul und Schreyer, Musik von Bayer. Anfang halb 11 Uhr, Ende 1 Uhr.

Dienstag, 3. März, Abt. A. 42. Ab.-Vorst. Abends 7 Uhr: „Das verwunschene Schloss“, komische Operette in 3 Akten (5 Bildern), Musik von Millöder. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

**Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrometeorologie vom 2. März 1908.**

Das Depressionsgebiet, das gestern ganz Mitteleuropa bedeckte, besteht noch fort, doch hat es an Tiefe abgenommen; vor der jütischen Küste und über Westfrankreich weist es heute flache Minima auf. Hoher Druck lagert im Nordwesten und im Nordosten Europas. Das Wetter ist in Deutschland trüb oder veränderlich, im Norden vielfach heiter; die Morgentemperaturen liegen meist unter dem Gefrierpunkt. Veränderliches und kühles Wetter ohne erhebliche Niederschläge ist zu erwarten.

#### Wetternachrichten aus dem Süden

vom 2. März, früh.

Lugano heiter — 1 Grad, Rizza bedeckt 3 Grad, Triest bedeckt 6 Grad, Florenz bedeckt 8 Grad, Rom bedeckt 6 Grad, Cagliari wolkig 6 Grad, Brindisi halbbedeckt 10 Grad.

#### Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

| Februar                        | Barom. mm | Therm. in C. | Windgeschw. in mm | Rel. Feuchtigk. in Proz. | Wind | Himmel      |
|--------------------------------|-----------|--------------|-------------------|--------------------------|------|-------------|
| 29. Nachts 9 <sup>u</sup> 11.  | 736.2     | 1.1          | 4.6               | 92                       | SSW  | bedeckt     |
| 1. März, 7 <sup>u</sup> 11.    | 736.8     | 0.2          | 4.0               | 86                       | SW   | „           |
| 1. Mittags, 2 <sup>u</sup> 11. | 738.8     | 3.7          | 3.3               | 55                       | „    | „           |
| 1. Nachts 9 <sup>u</sup> 11.   | 740.3     | -0.3         | 3.7               | 82                       | SE   | wolkenlos   |
| 2. März, 7 <sup>u</sup> 11.    | 742.3     | -2.4         | 3.4               | 89                       | SE   | halbbedeckt |
| 2. Mittags 2 <sup>u</sup> 11.  | 742.7     | 5.7          | 3.6               | 52                       | SE   | heiter      |

Höchste Temperatur am 29. Februar: 6,7; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -1,6.

Niederschlagsmenge des 29. Februar: 3,5 mm.

Höchste Temperatur am 1. März: 4,5; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -3,0.

Niederschlagsmenge des 1. März: 0,0 mm.

Wasserstand des Rheins am 1. März, früh: Schutterinsel 1,98 m, gefallen 7 cm; Rehl 2,62 m, gestiegen 3 cm; Wagan 4,49 m, gestiegen 7 cm; Mannheim 4,43 m, gestiegen 21 cm.

Wasserstand des Rheins am 2. März, früh: Schutterinsel 1,86 m, gefallen 12 cm; Rehl 2,53 m, gefallen 9 cm; Wagan 4,43 m, gefallen 6 cm; Mannheim 4,33 m, gefallen 10 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

### Ein Wort an die Mütter!

Wenn die Zeit heran kommt, da ein kleiner Erdenbürger den Familienkreis erweitern soll, dann ist es in den diesem Ereignis vorangehenden Wochen die erste Pflicht jeder Mutter, um ihrer selbst und um des Kindes willen, durch richtige Zufuhr von Nährstoffen dem Körper die nötige Widerstandsfähigkeit zu verleihen. Hierbei leistet die leichtverdauliche und wohlschmeckende Scotts Emulsion hervorragende Dienste, da sie dank ihrer nährstoffreichen Bestandteile die werdende Mutter vor Erschöpfung und Entkräftung schützt, das Blut bereichert und so zum Segen wird für Mutter und Kind.

Scotts Emulsion wird von uns ausschließlich im großen verkauft, und zwar nie lose nach Gewicht oder Maß, sondern nur in versiegelten Originalflaschen in Karton mit unserer Schutzmarke (Fischer mit dem Dorsch). Scott & Bowne, G. m. b. H., Frankfurt a. M.

Bestandteile: Feinstes Medizinal-Beiertran 150,0, prima Glycerin 50,0, unterphosphorigsaures Kalk 4,3, unterphosphorigsaures Natron 2,0, pulv. Tragant 3,0, feinstes arab. Gummi pulv. 2,0, destill. Wasser 129,0, Alkohol 11,0. Hierzu aromatische Emulsion mit Zimt-, Mandel- und Gaultherialje 2 Tropfen.



Todesanzeige.

Teilnehmenden Freunden, Bekannten und Verwandten die schmerzliche Nachricht, dass unser lieber Gatte, Sohn und Schwiegervater

Philipp Zwirner

Grossh. Notar in Rickenbach

heute in Davos nach langem schweren Leiden sanft entschlafen ist.

Waldshut, den 29. Februar 1908.

Im Namen der Hinterbliebenen: Martha Zwirner geb. Recknagel.

P.649

COLOSSEUM

Spielplan für das Programm vom 1.-15. März 1908.

Wally Waranoff, Soubrette. Soeurs Dorina, spanische Tänzerin. Heinrich Blank, Banberflüsterer und Ventrioloquist, in seiner urkomischen Komödie: "Die Waldschänke."

Willy Heyden, Humorist. Merry-Quintett, Damen-Gesang- und Tanz-Ensemble.

The Burlingtons, Amerikan. Excentric-Akrobaten. Dorina Manea-Truppe, Gymnast. Die Royal Bio Tableau, lebende Kistenphotographien in höchster Vollendung.

Berein Volkshbildung Karlsruhe, e. V. Einladung zu der am Freitag, den 13. März 1908, abends 9 1/2 Uhr, im Aulabau der Technischen Hochschule (Eingang Schulstrasse) stattfindenden Generalversammlung.

Rheinische Creditbank in Mannheim. Siebenunddreissigste ordentliche General-Versammlung am 4. April d. Js., vormittags 11 Uhr im Lokale der Bank

Tages-Ordnung: 1. Bilanzvorlage mit Berichten der Direktion und des Aufsichtsrats, 2. Entlastung der Direktion und des Aufsichtsrats, 3. Festsetzung der Dividende, 4. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.

Zur Ausübung des Stimmrechts ist jeder Aktionär berechtigt, welcher die Aktien spätestens am fünften Tage vor der Versammlung bei der Gesellschaft oder bei einer der in der Einladung zur Generalversammlung hierzu bezeichneten Stellen oder bei einem Notar vorzeigt. (Art. 16 der Statuten.)

Jede Aktie gewährt das Stimmrecht. Das Stimmrecht wird nach Aktienbeträgen ausgeübt. Das Stimmrecht kann durch einen bevollmächtigten Aktionär ausgeübt werden. Für die Vollmacht ist die schriftliche Form erforderlich und genügend; die Vollmacht bleibt in der Verwahrung der Gesellschaft (Art. 15 der Statuten).

Table listing branches of the bank in various cities: Mannheim, Baden-Baden, Freiburg i. B., Heidelberg, Kaiserslautern, Karlsruhe, Konstanz, Lahr i. B., Mülhausen i. E., Offenburg i. B., Pforzheim, Speyer, Strassburg i. E., Zweibrücken, Neunkirchen, Rastatt, Bruchsal, Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, München, Stuttgart, Neustadt a. H., Saarbrücken, Basel, Zürich.

Mannheim, den 27. Februar 1908. Der Aufsichtsrat.

Hotel Friedrichshof

Fastnacht - Dienstag, abends 8 Uhr im oberen Fest-Saal

Elegante Soirée

Musik: Ungarische Magnaten - Kapelle Feinste Soupers

Künstlerische Dekoration und Beleuchtung (Lauben und Nischen)

Wegen zahlreicher Anmeldungen empfiehlt es sich, Tische jetzt schon reservieren zu lassen.

Der Preis der Eintrittskarte, welche mit dem ganzen Betrag wieder in Zahlung genommen wird, beträgt 3 Mk.

Zu verkaufen elegante Yruspferde

worunter ein Paar 5- und 6-jährige ungarische Jucker vertraut und sehr schnell, für Offiziere oder Aerzte sehr geeignet. Gefällige Anfragen unter F. F. 4140 an Rudolf Woffe, Freiburg i. S.

Bürgerliche Rechtsstreit.

Konkursverfahren. P. 655. Nr. 2571. Achern Ueber den Nachlass der Maria Anna Geiser genannt Fischer in Sasbach wurde heute am 28. Februar 1908, nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Rechtsanwalt Rees hier wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 24. März 1908 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Mittwoch den 1. April 1908, nachmittags 4 1/2 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 24. März 1908 Anzeige zu machen.

Achern, den 28. Februar 1908. Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Christ.

Konkursöffnung.

P. 663. Nr. 3032. Säckingen. Ueber das Vermögen des Rechtsagenten Franz Josef Böllle in Säckingen wurde heute am 29. Februar 1908, nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner die Eröffnung beantragt und seine Zahlungsunfähigkeit dargetan hat.

Herr Wilhelm Baldinger hier ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 28. März 1908 bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Freitag den 10. April 1908, vormittags 11 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 28. März 1908 Anzeige zu machen.

Säckingen, den 29. Februar 1908. Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Fikner.

Konkursöffnung.

P. 664. Triberg. Ueber das Vermögen des Josef Moser, Schreinermeister in Furthwangen, wird heute am 28. Februar 1908, vormittags 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner seine Zahlungen eingestellt hat.

Der Buchbinder G. Mayer in Furthwangen wird zum Konkursverwalter ernannt.

Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der

Konkursforderungen sind bis zum 30. März 1908 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der

Triberg, den 28. Februar 1908. Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Rüdte.

Konkursöffnung.

P. 666. Nr. 3520. Billingen. Ueber das Vermögen des Gastwirts und Scaerreibstüfers Franz Sales Rothelber von Kappel wurde heute am 28. Februar 1908, nachmittags 1/2 7 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da er seine Zahlungsunfähigkeit und Zahlungsunfähigkeit dargetan hat.

Der Rechtsanwalt Krauß in Billingen wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 20. März 1908 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wurde Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der

Konkursforderungen sind bis zum 30. März 1908 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Mittwoch den 11. März 1908, vormittags 11 Uhr,

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Mittwoch, den 8. April 1908, vormittags 11 Uhr.

Beide Termine werden auf dem Rathaus in Furthwangen abgehalten.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 30. März 1908 Anzeige zu machen.

Triberg, den 28. Februar 1908. Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Rüdte.

Konkursöffnung.

P. 665. Triberg. Ueber das Vermögen des Schreinermeisters Franz Moser in Furthwangen wird heute am 28. Februar 1908, vormittags 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Gemeinschuldner seine Zahlungen eingestellt hat.

Der Buchbinder G. Mayer in Furthwangen wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 30. März 1908 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Mittwoch den 1. April 1908, vormittags 9 1/2 Uhr,

in die Dienräume des Notariats Alerstraße 25, 2. Stod, Zimmer Nr. 6, geladen.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des verfallenen Gegenstandes tritt.

Karlsruhe, den 27. Februar 1908. Groß. Notariat VIII als Vollstreckungsgericht. Ebesheimer.

Bermittelte Bekanntmachungen.

Mannheim usw. - Bayerischer Güterverkehr.

Zum Tarif vom 1. Januar 1902 wird auf 1. März d. J. der Nachtrag IX ausgegeben.

Durch ihn werden die Abfertigungsbezugnisse einzelner Stationen der bayerischen Staatsbahnen geändert und die Station Bad Röll in die Abt. III a/b des A. 21 (Münchberger usw. Waren) aufgenommen.

Außer den bereits im Verfügungswege eingeführten Änderungen und Ergänzungen enthält der Nachtrag ferner die Warenverzeichnis und Anwendungsbedingungen zu den A. 2. I (Holz), 2 (Kohle) und 31, Abt. III (Münchberger Waren usw.) in neuer Fassung.

Die Beschränkung der Anwendbarkeit des A. 2. I auf Holzstoff und Holzstoff wie im Spezial-Tarif II unter Differ 1<sup>a</sup> genannt, gilt erst ab 15. April 1908.

Der Nachtrag wird für 10 Pf. von den Dienststellen abgegeben; diese erhalten auch weitere Ausfu. Karlsruhe, den 29. Februar 1908. Groß. Generaldirektion der Badischen Staatsbahnen.

Zwangsvollstreckung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Karlsruhe gelegenen, im Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Kanzleiaffistenten Josef Presche in Karlsruhe eingetragene, nachstehend beschriebenen Grundstücke am

Montag den 13. April 1908, vormittags 9 Uhr,

durch das unterzeichnete Notariat VIII in dessen Diensträumen, Alerstraße 25, 1. Stod, Seitenbau, Zimmer Nr. 9, in Karlsruhe - versteigert werden:

Beschreibung der zu versteigernden Grundstücke:

Grundbuch von Karlsruhe Band 173, Heft 15, Bestandsverzeichnis I, 1. Zgb. - Nr. 3572. Flächeninhalt 2 a 86 qm, Klauereckstraße 10, a. ein vierstöckiges Wohnhaus, b. ein zweistöckiger Querbau, amtlich geschätzt zu 44 000 M.

Grundbuch von Karlsruhe Band 173, Heft 10, Bestandsverzeichnis I, 2. Zgb. - Nr. 3567. Flächeninhalt 5 a 10 qm, Klauereckstraße 20, a. ein vierstöckiges Wohnhaus mit Garteneller, b. ein vierstöckiger Wohnbau mit Garteneller, c. ein dreistöckiger Querbau mit Garteneller, d. eine einstöckige Werkstätte, amtlich geschätzt zu 82 000 M.

Der Versteigerungsvermerk ist am 25. Juli 1907 in das Grundbuch eingetragen worden.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts, sowie der übrigen die Grundstücke betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungs-urkunde, ist jedermann gestattet.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Auforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Zur Erörterung über das geringste Gebot werden die Beteiligten auf